

Arbeit, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung

**Antworten evangelischer
Arbeitnehmer
auf die globale Krise**



**Bundesverband Evangelischer
Arbeitnehmerorganisationen**

Herausgeber:
Bundesverband Evangelischer
Arbeitnehmerorganisationen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V. -BVEA-

Alfredstraße 53
45130 Essen
Tel: 0201 770392
Fax: 0201 777950

Grafik und Layout:
Matthias Gehlhar

November 2009

Schutzgebühr
-,50 Euro plus Versand

Arbeit, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung

Antworten evangelischer
Arbeitnehmer
auf die globale Krise

- Wirtschafts- und Sozialpolitischer Ausschuss -
- Arbeitskreis Theologie -

des Bundesverbandes Evangelischer
Arbeitnehmerorganisationen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Verabschiedet durch die
Delegiertenversammlung des BVEA 2009

Inhalt

Vorwort

Einleitung

I Die Theologische Frage – Worauf kommt es evangelischen Arbeitnehmern an?

1. Menschenwürde und Menschenrecht
2. Gesellschaftliche Mitwirkung im Geist der Gleichheit und Solidarität
3. Christlicher Realismus und neue Felder der Bewährung
4. Die Bedeutung der Arbeit und die Beziehung zwischen evangelischen Arbeitnehmern und ihrer Kirche

II Herausforderungen unserer Zeit

1. Europäischer Binnenmarkt und Globalisierung
2. Ökologische Risiken
3. Demographische Entwicklung
4. Bildungssysteme
5. Arbeitslosigkeit und Wandel des Arbeitsmarktes
6. Zukunft der sozialen Marktwirtschaft

III Politische und gesellschaftliche Handlungsoptionen

1. Globale und europäische Zusammenarbeit
2. Umwelt und ressourcenschonende Energiepolitik – ökologischer Umbau
3. Zukunftsfähige Gesellschafts- und Sozialpolitik
im demographischen Wandel
 - 3.1 Familienpolitik
 - 3.2 Migrationspolitik
 - 3.3 Rentenpolitik
4. Bildungspolitik
5. Arbeitsmarktpolitik

IV Ordnungspolitische Grundsätze

1. Plädoyer für die Sozialpartnerschaft
2. Tarif- und Lohnpolitik
3. Eigentum und Mitbestimmung
4. Maßstäbe und Grundsätze

Vorwort

Wurzeln und Visionen - Engagement braucht einen Rahmen



„Niemand hat heute eine Vision. Niemand sagt, was werden soll und wo es lang geht“, schrieb Marion Gräfin Dönhoff 1997 in ihrem Artikel „Gier nach Beute. Thesen gegen die Maßlosigkeit“. Darin beklagt sie die Überbetonung von Leistung und Karriere, von Gewinnmaximierung und Wettbewerb und die bedenkenlose Maßlosigkeit in der Wirtschaft. „Jede Gesellschaft braucht Spielregeln, braucht Normen, nach denen der Einzelne sich richten kann“, schreibt sie. Bindungen und Traditionen sind unentbehrlich. Marion Dönhoffs Thesen wirken im Jahr der Krise geradezu hellsichtig und beklemmend aktuell.

Auch der Rat der EKD hat in diesem Jahr eine Stellungnahme zur aktuellen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise vorgelegt, der an Klarheit nicht zu wünschen übrig lässt. Der mit knapp 25 Seiten verhältnismäßig kurze Text unter dem Titel „Wie ein Riss in einer hohen Mauer“ (1) bezieht sich auf ein prophetisches Wort aus dem Buch Jesaja. Der Riss, von dem der Prophet in Jesaja 30 spricht, ist zunächst kaum sichtbar, aber er frisst sich ins Gemäuer, bis der Mörtel rieselt, der die Steine hält, und am Ende die ganze Mauer einstürzt. Wer heute bereit ist hinzusehen, erkennt: Der wachsende Berg der Staatsschulden, die mit den jüngsten Sicherungsmaßnahmen und Konjunkturprogrammen gewachsen sind, wird die gesamte Gesellschaft, vor allem aber die nächsten Generationen, belasten. Und die Gefahr, dass in der Folge auch die sozialen Sicherungssysteme, die Deutschland in der Krise robuster gemacht haben als andere Länder, geschwächt werden könnten, ja; dass die Krise vor allem die Ärmsten trifft, ist nicht von der Hand zu weisen.

Wenn die gesamte Lebenswirklichkeit dem Gewinnstreben unterworfen wird, verkehrt sich der ökonomische Nutzen in einen Verlust an Lebenswert. Der gesellschaftliche Wohlstand sinkt, das Gemeinwohl zerfällt, die Umweltzerstörung nimmt zu. Fatal. Der Mangel an Verantwortung auf allen Ebenen, der in der Krise sichtbar wurde, führt mittelfristig in die Katastrophe. Ein Weiter so wäre fatal. Für jeden, der aufs Ganze schaut, ist deutlich: Eigennutz als Triebkraft der Marktwirtschaft braucht die Verpflichtung auf das Gemeinwohl.

Das Wort des Rates zur globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise stellt die Krise in den Zusammenhang weltweiter Gerechtigkeit. Es verweist zudem auf eine frühere Stellungnahme des Ratsvorsitzenden zum Klimawandel (2).

So wird klar: Es geht nicht nur um Krisenmanagement. Ein grundlegender Wandel ist notwendig. Die soziale Marktwirtschaft muss zu einer nachhaltigen, internationalen Ordnung weiter entwickelt werden. Dazu gehören tragfähige globale Rahmenbedingungen und Kontrollinstanzen für ein soziales und nachhaltiges Wirtschaften sowie

eine gerechte Verteilung der Kosten der Krise. In der Bewältigung dieser Herausforderungen wird sich entscheiden, ob es gelingt, das grundlegende Vertrauen in eine soziale und ökologische, global ausgerichtete Marktwirtschaft neu aufzubauen.

„Es ist an der Zeit zu erkennen, dass unregelte Märkte nicht von sich aus zum Wohl aller wirken können. Freiheit braucht Regeln“, mahnte schon die EKD-Synode in ihrem Beschluss zur Finanzmarktkrise im November 2008. Die Synode forderte unter anderem, die Vergütung von Managern an der Nachhaltigkeit der Unternehmensentwicklung auszurichten. Zugleich mahnte sie die persönliche Verantwortungsbereitschaft der Führungskräfte an. Für die evangelische Kirche ist klar: Individuelle Ethik und soziale Rahmenbedingungen gehören zusammen.

Schon das gemeinsame Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von 1997 (3) hatte dieses Wechselverhältnis beschrieben: „Eine sozial, ökologisch und global verpflichtete Marktwirtschaft ist moralisch viel anspruchsvoller, als im Allgemeinen bewusst ist. Ihre Strukturen müssen, um dauerhaften Bestand zu haben, eingebettet sein in eine sie tragende und stützende Kultur“, die dem Eigennutz eine gemeinwohlverträgliche Gestalt gibt. Zu dieser Kultur tragen Verbände wie der Bundesverband evangelischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch die Christen in den Gewerkschaften entscheidend bei.

Der neue Dialog über qualitatives Wachstum in einer multipolaren Welt hat gerade erst begonnen. Dabei sind die Stellungnahmen von Kirchen und Christen besonders gefragt. Wie das Wort des Rates der EKD zeigt sich auch die jüngst erschienene Sozialenzyklika „Caritas in veritate“ besorgt über die wachsenden Ungleichheiten im nationalen und internationalen Kontext. Eine Zerstörung der tragenden Kräfte und Werte einer sozialen Wirtschaftsordnung, so Papst Benedikt XVI, zerstöre schließlich auch die Wirtschaft selbst, deren erstes zu schützendes und zu nutzendes Kapital der Mensch sei. In dieser Hinsicht ist das Wort der EKD auf der gleichen Linie: „Die Wirtschaft ist um des Menschen willen da, sie ist kein Selbstzweck. Wo das Geld zum Mittelpunkt wird, wird das Wirtschaften unmenschlich“, heißt es im EKD-Text, der mit Bezugnahme auf Jesaja 58 mit einem Ausblick auf eine Zukunft in Freude an Gottes Schöpfung und Gerechtigkeit schließt.

Die Schritte auf dem Weg zu dieser neuen Weltgemeinschaft müssen die Kirchen in Verbundenheit mit allen christlich Engagierten in Wirtschaft und Arbeitswelt, in Umweltbewegung und ökumenischer Bewegung gehen - mit offenen Ohren für das Leiden der Ärmsten und für die Stimmen der Kritiker, die gerade in den Ländern des Südens zu hören sind.

Wenn der Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nun seine Überlegungen zu den Herausforderungen und seine Antworten auf die globale Krise herausgibt, dann setzt der Text noch einmal einen eigenen Akzent. Er zeichnet sich aus durch eine konsequente Orientierung an der Bedeutung und Würde der Arbeit und der biblischen Option für die Armen, aber auch durch ein mutiges Vorantreiben der notwendigen ökologischen Wende. Die hier vorliegende Schrift bezieht sich in ihren Grundlagen auf den Hintergrund der Evangelischen Arbeiterbewegung und knüpft

zugleich an die Bewegung des konziliaren Prozesses für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung an.

Der offene Blick auf den gesellschaftlichen Wandel, das Ernstnehmen der Globalisierungsprozesse, die Forderung nach ökologischer Modernisierung in diesem kurzen und klaren Papier - all das gibt Hoffnung auf eine inhaltliche Profilierung der evangelischen Arbeitnehmerbewegung. Der breite Partizipationsprozess, in dem dieses Papier entstand, signalisiert eine Erneuerung des Engagements von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Kirche.

„Normen und Rahmenbedingungen sind wichtig“, schrieb damals Marion Gräfin Dönhoff, aber „alles hängt von den Menschen ab, von jedem Einzelnen von uns.“ In diesem Sinne wünsche ich der Schrift viele interessierte Leserinnen und Leser. Und den Leserinnen und Lesern viele Impulse für ihr Engagement. Denn nur, wo wir uns für die Ziele engagieren, die uns wichtig sind, wachsen die Visionen und Kräfte des Zusammenhalts, die wir brauchen, um uns als Kirchen und als christliche Bewegungen den Herausforderungen der Zukunft zu stellen.

OKR Cornelia Coenen-Marx; EKD

1. *„Wie ein Riß in einer hohen Mauer“; Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, EKD –Texte 100, 2009*
2. *„Es ist nicht zu spät für eine Antwort auf den Klimawandel“, EKD-Texte 89, 2007)*
3. *„Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“, Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Bonn/ Hannover 1997*

Einführung

Die schwerste Wirtschafts- und Kapitalmarktkrise seit den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts hat weltweit den Glauben an die Funktionsweise des marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems erschüttert. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass die bisherigen Wertmaßstäbe und Wirtschaftsideologien primär durch eine von Gier und Größenwahn geprägte Globalisierung bestimmt werden.



Angesichts der negativen Erfahrungen mit den fatalen Auswirkungen der völlig zerrütteten internationalen Finanzwirtschaft auf die Weltwirtschaft und des immer schnelleren Strukturwandels wird man weltweit nicht mehr ohne neue soziale und ethische Standards in der Gesellschafts-, Sozial- und Finanzpolitik auskommen.

Die neu erarbeiteten Sozialethischen Überlegungen des Bundesverbandes Evangelischer Arbeitnehmerorganisationen (BVEA) wollen Anregungen und Hilfestellungen für eine dementsprechende Umgestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung geben. Der BVEA möchte dabei ganz besonders seinen Bezug zum christlichen Glauben einbringen.

Nach wie vor halten wir die soziale Marktwirtschaft für eine der besten aller existierenden Wirtschaftsordnungen. Sie gilt es zu bewahren, aber auch fortzuentwickeln.

Wir gehen davon aus, dass Gewinn- und Leistungsstreben prinzipiell keine Fehler, sondern sogar Motor unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sind. Jedoch muss das unternehmerische Denken und Handeln von einer stärkeren moralischen Verantwortung geprägt sein, die nicht das Kapital sondern den Menschen in den Mittelpunkt rückt. Leitmotiv muss sein: Nicht der Mensch ist für die Wirtschaft da, sondern die Wirtschaft für den Menschen.

Konkret bedeutet das insbesondere auch, dass die immer stärker auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich verringert wird. Nicht zuletzt muss die Ökologie die Ökonomie bestimmen, um durch eine ressourcenschonende Produktion die Schöpfung bewahren zu helfen. Nur solche Orientierungen garantieren ein nachhaltiges Wirtschaften, das ein Überleben der Menschen im Einklang mit der Natur sichert.

Nur so können in Zukunft der soziale Frieden sowie das friedliche Miteinander der Völker erhalten und besser als bisher gestaltet werden.

*Werner Künkler
Amtierender Bundesvorsitzender des BVEA*

I. Die Theologische Frage - Worauf kommt es evangelischen Arbeitnehmern an?

Unsere Zeit ist durch ungeheure Widersprüche gekennzeichnet. Die Menschen in den hoch entwickelten Industrieländern leben in einem Wohlstand wie noch nie in der Geschichte. Aber die aufkommenden Bedrohungen der Zukunft der Menschheit werden auch sie nicht unberührt lassen. Die Gefährdung der Umwelt, die anscheinend durch nichts zu bremsende Armut in den Entwicklungsländern, aber auch die Flut der Armutswanderung weltweit sind harte Realitäten. Die Folgen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise münden in die generelle Systemfrage: Wie soll das alles weitergehen? Was können wir tun?

Zuerst einmal: Resignation nimmt jede Chance!

Zum anderen: Die weltbewegenden Risiken können nicht bedeuten, auf die Ordnung im eigenen Hause zu verzichten. Sie ist geradezu Voraussetzung, um mit den Herausforderungen fertig zu werden, in Deutschland, im größeren Hause Europa und darüber hinaus.

Solidarität darf nicht nur ein Schlagwort in Sonntagsreden sein. Wer sich den Herausforderungen verweigert, den „wird das Leben bestrafen“!

***Solidarität darf
nicht nur ein
Schlagwort sein***

Das ist nicht bequem. Es fordert den einzelnen wie die Gemeinschaft. Die eigene Wohlstandssteigerung bei möglichst immer geringerer Beanspruchung kann nicht einziges Ziel bleiben. Die Starken - und wir zählen zu ihnen - müssen sich um derer willen, die Hilfe brauchen, mehr anstrengen. Das alles ist nicht leicht umzusetzen, aber ohne solidarische Kraftanstrengung entwickelt sich die Situation zum Sprengsatz der Gesellschaft und in unserer Welt. Dieser Herausforderung müssen wir uns stellen.

Aus christlicher Sicht ist zu fragen, ob eine Gesellschaft dem Menschen als unverwechselbarem Individuum gerecht wird. Es geht darum, das Zusammenleben der Menschen mit dem Ziel der Gerechtigkeit und Solidarität zu fördern. Diese kann nicht mehr nur als Gruppensolidarität verstanden werden. In einer Gesellschaft, in der alle Teile miteinander verflochten sind und voneinander abhängen, wird sie zu einer übergreifenden Aufgabe für alle. Dabei bringt sich der Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmerorganisationen (BVEA) als Zusammenschluss evangelischer Arbeitnehmer auf reformatorischer Grundlage in die Gesellschaft ein.

***Aus christlicher
Sicht ist zu fragen,
ob eine Gesellschaft
dem Menschen als
unverwechselbarem
Individuum gerecht
wird***

1. Menschenwürde und Menschenrecht

Für neue soziale Aufgaben eigene Arbeitervereine gegründet

Seitdem evangelische Arbeitnehmer über ihr Engagement nachdenken und Leitlinien für ihre Arbeit entwerfen, haben sie sich zu den gestaltenden Kräften des Christentums bekannt und ihr Engagement an ihnen ausgerichtet. Dazu zählt insbesondere die Gleichheit der Menschen vor Gott. Deshalb hat jede Neuordnung von der „Anerkennung des Menschenrechts und der Menschenwürde jedes, auch des geringsten Volksgenossen“, auszugehen (Gesamtverband Evangelischer Arbeitervereine 1892/1906). Aus dieser Überzeugung erwachsen angesichts der sich verändernden materiellen Grundlagen der Gesellschaft Anstrengungen, menschenwürdige Arbeitsverhältnisse und Tarife zu erringen. Dazu kamen neue soziale Aufgaben, die über die der traditionellen Diakonie hinausgingen. Diese Anliegen sind von evangelischen Arbeitnehmern bereits früh in ihre Kirche hineingetragen worden.

2. Gesellschaftliche Mitwirkung im Geist der Gleichheit und Solidarität

Freiheit, Selbstverantwortung und Egoismus stehen heute stärker im Vordergrund

Zur bürgerlichen Gesellschaft gehört die Überzeugung von der Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz. Dies hat einen Ausbau der Rechte im Arbeitsleben zur Folge gehabt, an deren Gestaltung und Erhalt evangelische Arbeitnehmer immer mitgewirkt haben. Der Gedanke der Gleichheit regte ein verstärktes politisches Engagement an, um die Gleichberechtigung aller Menschen umfassend zu fördern. Die christliche Einsicht in die allen Menschen gemeinsamen Möglichkeiten und Grenzen und in die mit ihnen verbundenen Lebensrisiken führt auch heute zu einem engagierten Einsatz. Nicht Solidarität, sondern Freiheit, Selbstverantwortung und Egoismus stehen nun stärker im Vordergrund. Die Forderung nach Beteiligungsgerechtigkeit tut sich schwer in der Wertedebatte, in der häufig der Solidaritätsgedanke zurücktritt.

„Vorrangige Option für die Armen, Schwachen und Benachteiligten“

Die beiden großen Kirchen steuern dieser Individualisierung entgegen. Einmal gehen sie von einem allgemeinen „Grundkonsens einer zukunftsfähigen Gesellschaft“ aus, der in der Anerkennung der „Menschenrechte“ begründet ist. Zum anderen machen sie besondere Leitlinien des Handelns geltend, die sich aus ihrem Auftrag und ihrer Sendung ergeben: eine „vorrangige Option für die Armen, Schwachen und Benachteiligten“. Dazu gehört die Überprüfung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen am Maßstab der Gerechtigkeit unter Beachtung der Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität. Die Verantwortung für die Zukunft erfordert die Berücksichtigung der Interessen der nachwachsenden Generationen.

3. Christlicher Realismus und neue Felder der Bewährung

Seit jeher ist der Mensch sowohl ein bestimmtes einheitliches Ganzes als auch Teil einer Gemeinschaft. Mit dieser Voraussetzung ist die Einsicht unmittelbar gegeben, dass Beziehungen zwischen Menschen mit Konflikten behaftet sind. Egoistische Motive kollidieren mit denen der Mitmenschlichkeit. Gemeinschaften stehen in der Gefahr, Ungerechtigkeiten aus Gründen des Selbstschutzes und der Sicherung des eigenen Einflusses zu begehen.

Evangelische Arbeitnehmer leben aus ihrem Glauben an Gott. Sie betrachten ihn als innere Voraussetzung für ihre Gemeinschaft mit den Menschen. Darin erleben sie persönliche Verantwortung, Dienst und Liebe. Ebenso wissen sie um die Entfremdung von Gott und die Abwendung von den Mitmenschen. Trotzdem bleiben die Menschen auch dann Adressaten der Liebe Gottes. Die Möglichkeiten der Versöhnung lassen sich nicht erschöpfen. Die Menschen bedürfen aufgrund ihrer Zweispieltigkeit verlässlicher Regeln.

Evangelische Arbeitnehmer sind davon überzeugt, dass die religiöse Bindung zur Existenzfähigkeit der Gesellschaft gerade in Zeiten großer Umbrüche notwendig ist.

Die Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft betreffen besonders die Arbeitswelt und die Lastenverteilung in den Familien. Das wirtschaftlich-politische Zusammenwachsen der Staaten wird durch die Verbesserung der Bildungssysteme und der herrschenden Qualitätsstandards gefördert. Angesichts der ungleichen Verteilung von Arbeit, Boden und Kapital ist für evangelische Arbeitnehmer „die eine Welt“ Bezug ihres Denkens und Handelns.

Religiöse Bindung zur Existenzfähigkeit der Gesellschaft ist gerade in Zeiten großer Umbrüche notwendig

4. Die Bedeutung der Arbeit und die Beziehung zwischen evangelischen Arbeitnehmern und ihrer Kirche

Arbeit ist die Grundlage für die Teilhabe des Menschen an der Gesellschaft und für seine persönliche Lebensführung. Arbeit dient nicht nur der Sicherung menschlicher Grundbedürfnisse, sie ist auch Voraussetzung, eine Gesellschaft lebensfähig zu erhalten.

Sowohl in der Gesellschaft als auch in der Kirche sollte den Menschen in ihrem persönlichen Umfeld und in ihrer Arbeitswelt eine besondere Würde zukommen. Der Mensch als Ebenbild Gottes hat Teil an der Schöpfung und erfährt seine Würde auch durch Arbeit.

***Evangelische
Arbeitnehmer bringen
ihre christlichen
Werte in die Arbeits-
welt ein***

Evangelische Arbeitnehmer bringen ihre christlichen Werte in die Arbeitswelt ein. Die Kirche ist heute vermehrt auf Menschen angewiesen, die ehrenamtlich für sie tätig sind. Sie sehen und artikulieren deutlicher, welche Folgen kirchliche Äußerungen und das Handeln kirchlicher Einrichtungen für die Welt der Arbeit haben.

***Der BVEA nimmt
eine Brücken-
funktion zwischen
Gesellschaft und
Kirche wahr***

Die Lebensverhältnisse in unserem Land driften immer weiter auseinander. Der BVEA nimmt eine Brückenfunktion zwischen Gesellschaft und Kirche wahr, besonders in Bezug auf die Arbeitswelt. Er vertritt seine Position eigenständig.

Deutschland hat heute eine größere religiös-kulturelle Vielfalt als vor 50 Jahren. Respekt gegenüber einer anderen religiösen Haltung und der interreligiöse Dialog sind häufig schon am Arbeitsplatz notwendig. Evangelische Arbeitnehmer sind konfrontiert mit der kulturell-gesellschaftlichen Entwicklung, dass in manchen Regionen weniger als die Hälfte der Bevölkerung einer christlichen Konfession angehören.

II Herausforderungen unserer Zeit

1. Europäischer Binnenmarkt und Globalisierung

Die Globalisierung und Erweiterung der EU führen nach allgemeiner wirtschaftlicher Lehre zu Mehrung des Wohlstandes. Standortvorteile können weltweit genutzt werden. Allerdings werden dabei auch Befürchtungen und Ängste wach.

Die Wettbewerbssituation der nationalen Unternehmen hat sich gewandelt. Die Internationalisierung von Produktionsabläufen bestimmt mehr und mehr auch die deutschen Unternehmen. Somit wird eine gezielte und dauerhafte Überprüfung der Qualitätsstandards in Deutschland und Europa notwendig. Deutsche Unternehmen können nur im ständig wachsenden Wettbewerb über Innovationen und eine effiziente Ausgestaltung des Produkt- und Dienstleistungsangebotes bestehen. Dazu gehören auch generell Subventionen bzw. steuerliche Förderung durch nationale und EU-Gelder. Überdies beeinflussen die in Deutschland und in der EU bestehenden Sozialstandards die weltweite Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Dabei besteht die Gefahr der Angleichung auf geringerem Niveau.

Der wirtschaftliche Erfolg großer Unternehmen wird heute zunehmend nur noch an den Renditeerwartungen der Aktionäre ausgerichtet. Die Interessen von Arbeitnehmern rücken immer mehr in den Hintergrund. Unter diesen Bedingungen sind errungene Arbeitnehmerrechte und soziale Standards keine selbstverständlichen Gegebenheiten mehr. (Vgl. dazu II 5) Allerdings werden gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erwirtschaftete Gewinne zu einem erheblichen Teil vom Finanzkapital aufgesogen und nicht wieder investiert. Damit können sie weder dem Einzelnen noch dem Gemeinwesen nutzen, sondern fließen ab.

Die globale Kapitalmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009 mit ihren Zusammenbrüchen von nationalen Staatshaushalten ist ein entscheidender Beweis dafür, wie zerstörerisch ungebändigte Kapitalmarktströme für Produktion und Standorte sein können

Die Arbeitnehmer in Deutschland bringen der EU-Osterweiterung besonders starke Befürchtungen entgegen, zumal immer weniger ungelernete Berufe und einfache Tätigkeiten in Deutschland nachgefragt werden. Andererseits profitieren von den Wachstumseffekten dieser Erweiterung sowohl die neuen als auch die alten Länder. Wie die bisherigen Erfahrungen mit der EU deutlich machen, kommt es nicht zu bedrohlichen Wande-

Deutsche Unternehmen können nur über Innovationen und eine effiziente Ausgestaltung Angebotes bestehen

Gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erwirtschaftete Gewinne werden zu einem erheblichen Teil vom Finanzkapital aufgesogen und nicht wieder investiert

rungsbewegungen, sondern die Menschen nutzen die Chance vorwiegend vor Ort.

2. Ökologische Risiken

Eine ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft setzt auf Umweltinvestitionen

Weder nicht erneuerbare Energien noch nachwachsende Rohstoffe stehen dem Menschen und der Wirtschaft auf diesem Planeten unbegrenzt zur Verfügung. Zudem gefährdet der Raubbau der natürlichen Ressourcen das ökologische Gleichgewicht und damit die Lebensgrundlage von Mensch und Natur. So ist beispielsweise noch immer ungeklärt, wie die Abfälle der Atomindustrie sicher gelagert werden sollen. Zwischen Wirtschaft und Umwelt existiert aber nicht notwendigerweise ein Konflikt. Eine ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft setzt auf Umweltinvestitionen. Deutschland hat hier weltweit eine Spitzenstellung und muss auch in Zukunft den Weg des „qualitativen Wachstums“ weiter ausbauen, um seine Wettbewerbsfähigkeit gerade auf diesem Gebiet zu erhalten.

3. Demographische Entwicklung

Der demographische Wandel hinterlässt am Arbeitsmarkt deutliche Spuren: Zum einen wird mit sinkender Bevölkerung auch die Zahl der arbeitsfähigen Menschen zurückgehen – spätestens nach dem Jahr 2015. Zum anderen altert die Erwerbsbevölkerung. Insbesondere die Zahl der Erwerbspersonen jüngeren und mittleren Alters sinkt dramatisch. Auch ein kräftiger Anstieg der Erwerbsquoten der Frauen oder eine umfangreiche Zuwanderung können diesen Prozess nur verlangsamen, aber nicht mehr aufhalten.

Aus den demographischen Verschiebungen resultieren auch gravierende Auswirkungen auf die Betriebe. Sie müssen nicht nur die Schrumpfung sondern vor allem die Alterung des Arbeitskräfteangebots bewältigen. Wie neuere Umfragen zeigen, sind bis heute über 50-Jährige bei Neueinstellungen nur schlecht vertreten. Schlimmer noch: der Anteil der Betriebe, die Maßnahmen für Ältere praktizieren, nimmt ab statt zu.

Besonders dramatisch sind die Auswirkungen des steigenden Anteils der Älteren auf die Sozialversicherungssysteme

Besonders dramatisch sind die Auswirkungen des Alterungsprozesses auf die Sozialversicherungssysteme. Während heute etwa zwei Beschäftigte einen Rentner finanzieren, könnte es bereits ab 2030 ein Beitragszahler pro Rentner sein.

Vergleichbar steigen die Belastungen bei der Kranken- und Pflegeversicherung.

4. Bildungssystem

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit Jahren erfolgreiche Exportnation. Daher überraschen die Ergebnisse Europäischer Vergleichsstudien wie "PISA", die im Vergleich mit den europäischen Ländern Deutschland in der Bildungspolitik Handlungsdefizite bescheinigen. Ein Land, das bestehendes Entwicklungspotential entdeckt und zu neuen Produkten formt oder völlig neu entwickelt, ist auf die Bildung seiner Bürger angewiesen. Die Erfahrungen des letzten Jahrhunderts zeigen, dass eine breite Bildung in der Bevölkerung auch die Anfälligkeiten für extreme Ideen vermindern und die Demokratie stärken.

Breite Bildung in der Bevölkerung mindert die Anfälligkeiten für extreme Ideen und stärkt die Demokratie

Bildung beeinflusst entscheidend die Lebenschancen jedes Einzelnen. Deswegen müssen alle die gleichen Möglichkeiten und dasselbe Recht haben, am Bildungsprozess teilzuhaben - von Anfang an. Bildung ist immer auch eine "soziale Frage". Wer jungen wie alten Menschen die Teilhabe verwehrt, gefährdet den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Das 3 - Schulenmodell wird aus nachvollziehbaren Gründen in Frage gestellt. Vor allem die geringen Chancen der Hauptschüler werden zum gesellschaftlichen Problem, da die Gefahr besteht, dass sich Sozialhilfekarrieren über mehrere Generationen entwickeln. Die Universitäten haben mit neuen Studiengängen auf die Entwicklung in der globalisierten Welt reagiert.

Die vorrangige Verantwortung für die Erziehung von jungen Menschen liegt bei den Eltern. Gleichzeitig brauchen wir eine stärkere öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen, die in ihren Familien nicht die notwendige Unterstützung erfahren. Das Verhältnis von privater und öffentlicher Erziehung muss neu justiert werden.

Für eine Weiterbildung auch während des Arbeitslebens sind die Möglichkeiten teilweise bereits verbessert worden. Nach dem Gesetz zur Freistellung von Arbeitnehmern zum Zwecke der beruflichen und politischen Weiterbildung Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz (AWbG) stehen den Arbeitnehmern grundsätzlich Bildungsurlaubstage zur Verfügung. Leider sind in der Bundesrepublik die landeseigenen Gesetze uneinheitlich, die Beantragung kompliziert und die Arbeitgeber haben kein großes Interesse. Statt die Chancen zu nutzen, sinkt der Anteil dieser Bildungsmaßnahmen rasant, weil die Arbeitnehmer Angst um ihren Arbeitsplatz haben.

Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen sinkt rasant, weil die Arbeitnehmer Angst um ihren Arbeitsplatz haben

5. Arbeitslosigkeit und Wandel des Arbeitsmarktes

Die seit Jahrzehnten anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die Zunahme unsicherer Beschäftigungsverhältnisse und des Niedriglohnssektors kennzeichnen den deutschen Arbeitsmarkt. Erfreulicherweise ist in den letzten Jahren die Arbeitslosenzahl etwas zurückgegangen und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gestiegen.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass neben einer registrierten Arbeitslosigkeit noch mit einer Stillen Reserve („nicht registrierte Arbeitslose“) gerechnet werden muss. Überdies belastet die Arbeitslosigkeit öffentliche Haushalte auf der Einnahmen- und Ausgabeseite. Dies führt zu Budgetdefiziten sowie schmerzhaften Einschnitten in das Angebot öffentlicher Leistungen und gefährdet letztlich das System der sozialen Sicherungen.

Versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse werden mehr und mehr in sozialversicherungsfreie und geringfügige Beschäftigung umgewandelt

Wissenschaftliche Studien belegen, dass versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse mehr und mehr in sozialversicherungsfreie und geringfügige Beschäftigung umgewandelt werden. Was früher die Regel war, ein Dauerarbeitsplatz fürs Leben, wird immer mehr zur Ausnahme. Zeitlich befristete und Leiharbeitsverhältnisse entwickeln sich zunehmend zur Normalität. Die Sozialversicherungssysteme geraten auch dadurch mehr und mehr in eine Schieflage. Altersarmut ist für weite Bevölkerungskreise vorprogrammiert.

6. Zukunft der sozialen Marktwirtschaft

Heute stehen neoklassische und mikroökonomische Fragestellungen im Vordergrund

Die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft ist bedroht. Während vor gut 30 Jahren an den Universitäten die soziale Marktwirtschaft noch Basis der Volkswirtschaftslehre war, stehen heute neoklassische und mikroökonomische Fragestellungen im Vordergrund. Die Lehrstühle für Allgemeine Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik werden ersetzt durch Lehrstühle für Betriebswirtschaftslehre. Auch die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in Deutschland sind überwiegend Anhänger der neoklassischen Theorie.

Die im Grundgesetz festgeschriebene Sozialpflichtigkeit des Eigentums ist inzwischen nur noch Makulatur

Eine entsprechende Entwicklung im Denken und Handeln ist heute auch in den Unternehmen spürbar. Früher dominierte das Prinzip der Gewinnmaximierung, an dem sich die Unternehmen mehr oder weniger im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft orientierten. Heute ist es das neoklassische Denken im Sinne eines „Kapitalismus pur“, der unsere soziale Marktwirtschaft bedroht. Die im Grundgesetz (Artikel 14, Abs. 2) festgeschrie-

bene Sozialpflichtigkeit des Eigentums ist inzwischen nur noch Makulatur. Die Arbeitsplätze in Deutschland werden durch Managemententscheidungen irgendwo in der Welt und fernab des Standortes vernichtet.

In Deutschland werden Gewinne gemacht, jährlich Modernisierungsmaßnahmen in Millionenhöhe durchgeführt, die Mitarbeiter erklären sich zu schmerzlichen Einschnitten bei Lohn und Arbeitszeit bereit - all das nützt nichts mehr in unserer heutigen globalisierten Wirtschaft. Dem Götzen „Shareholder Value“ (wörtlich übersetzt: Wert für den Anteilseigner bzw. Aktionärsrendite), hat sich alles unterzuordnen. „Shareholder Value“ und „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ werden zu einem Totschlagargument in Bezug auf die Arbeitsplätze - im wahrsten Sinne des Wortes. Internationale Finanzströme durchkreuzen nationale Regulierungsmöglichkeiten. Die Krise der weltweiten Kapitalmärkte des Jahres 2008/2009 offenbart die Grenzen des neoklassischen Denkens. Offenbar regelt der Markt doch nicht alles zum Besten. Ein schwacher Staat – wie von der Neoklassik gefordert - ist nicht in der Lage, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass damit das Sozialstaatsgebot unseres Grundgesetzes verwirklicht werden kann. Selbst die weltweite Finanzkrise hat daran nichts geändert.

Aus all dem resultiert: Die Armen in Deutschland werden zahlreicher und ärmer, die Reichen immer reicher. „Soziale Ungleichheit ist eine Tatsache“, heißt es in den Armutsberichten der Bundesregierung. Kinder werden in einem der reichsten Länder der Erde immer mehr zum Armutsrisiko. Am stärksten von Armut bedroht sind in Deutschland Arbeitslose, Alleinerziehende, Behinderte und Migranten. Doch auch Bevölkerungsteile aus der Mitte der Gesellschaft müssen zunehmend damit rechnen, unter die Armutsgrenze zu fallen.

Die Kehrseite der Medaille ist: 10% Prozent der Haushalte verfügen bereits über fast 50% des Privatvermögens.

***Internationale
Finanzströme
durchkreuzen
nationale Regu-
lierungsmöglich-
keiten***

***Bevölkerungsteile
aus der Mitte der
Gesellschaft müs-
sen zunehmend
damit rechnen,
unter die Armuts-
grenze zu fallen***

III Politische und gesellschaftliche Handlungsoptionen

1. Globale und europäische Zusammenarbeit

Sinnvoll wäre langfristig eine globale Behörde - etwa Weltbank oder internationaler Währungsfond-, der nationale Institutionen zuarbeiten

Nationalen Politiken sind im Alleingang in jeder Weise Grenzen gesetzt. Aufgrund der negativen Erfahrungen mit der weltweiten Finanzkrise zeigte sich, dass internationale Finanzmärkte ohne neue Regeln nicht auf Dauer funktionieren. Sinnvoll wäre langfristig eine globale Behörde - etwa Weltbank oder internationaler Währungsfond -, der nationale Institutionen zuarbeiten. Nach diesem Prinzip funktioniert beispielsweise das europäische Zentralbanksystem.

Die Erwartung besteht, dass durch die sich vertiefende politische Einigung Europas Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln geschaffen werden, die – lernend aus der Krise - weitere Verwerfungen verhindern sollen. Das Abkommen von Schengen legte beispielsweise Mindestbedingungen bei sozialen Regelungen auf den kleinsten Nenner fest, die bei weitem nicht den deutschen Standards entsprechen. Verbesserungen im Bereich von Sozialstandards, Arbeitsbedingungen und Arbeitnehmerrechten sind dringend erforderlich. Überdies sind Regelungen nötig, die innereuropäischem Lohndumping vorbeugen. Nur so sind in Europa gleichwertige Wettbewerbsverhältnisse zu schaffen.

Sowohl das Wirken der europäischen Einrichtungen als auch der voranschreitende Integrationsprozess innerhalb Europas erfordern Transparenz und dürfen nicht an den Menschen vorbegehen.

Dazu ist eine neue internationale Wirtschafts- und Sozialethik notwendig

Weltweit darf sich die Strategie der Unternehmen nicht mehr ausschließlich von kurzfristigen wirtschaftlichen Überlegungen und Renditen leiten lassen. Dazu ist international eine Verständigung auf eine neue Wirtschafts- und Sozialethik notwendig.

2. Umwelt- und ressourcenschonende Energiepolitik - Ökologischer Umbau

Die in Industrie und Gesellschaft bereits heute vorhandenen Erkenntnisse zur wirtschaftlich sinnvollen Nutzung der erneuerbaren Energien bedürfen national wie international der Förderung. Damit wird verhindert, dass die zügellose Ausbeutung der vorhandenen Ressourcen zu Lasten kommender Generationen irreparable Schäden zu Lasten kommender Generationen bewirkt.

Die weltweite Vernichtung von Regenwäldern aus Profitinteressen auf Kosten der Menschen und des Klimas ist international nicht nur zu ächten sondern zu bekämpfen. Insbesondere gilt es in den Industrieländern die Nachfrage nach Tropenhölzern zu beschränken. Aufklärung ist dringend erforderlich. Ein Umdenken ist das Gebot der Stunde. Gerade in Zeiten schwacher Nachfrage besteht auf allen Gebieten die Chance neue Wege zu beschreiten.

Ein Umdenken ist das Gebot der Stunde

Stärker gefördert werden müssen:

Öffentlicher Verkehr zu Lasten des Individualverkehrs,
Einführung energiesparender Maßnahmen und Techniken bei den Verkehrsmitteln, Maschinen und Anlagen, (Gebäudeisolierung),
Dezentrale und regenerative Energiegewinnung,
Sonne, Wind, Wasser als Energielieferanten - anstelle fossiler Brennstoffe und Nuklearenergie.

Die Forschung muss in diese Richtung weiter vorangetrieben werden, damit Deutschland seine bisherigen Wettbewerbsvorteile verteidigen kann.

Der noch bestehende Handel mit Emissionszertifikaten ist ein hilfloser Versuch, mit den akuten Umweltproblemen umzugehen. Eine internationale Abstimmung und Zusammenarbeit ist auf allen Gebieten der Energie- und Umweltpolitik unausweichlich.

Eine internationale Zusammenarbeit in der Energie- und Umweltpolitik ist unausweichlich

3. Zukunftsfähige Gesellschafts- und Sozialpolitik im demographischen Wandel

3.1 Familienpolitik

Jahrhundertlang sorgten weitgehend die Familienstrukturen für die soziale Absicherung bei Krankheit, Alter und Behinderung. Die Industriegesellschaft veränderte die materiellen Voraussetzungen des Zusammenlebens grundlegend. Die sozialen Sicherungssysteme wurden als notwendige kollektive Ergänzung zu den privatwirtschaftlich organisierten Arbeitsverhältnissen geschaffen, um die bestehenden Lebensrisiken der Menschen abzusichern.

Der demografische Wandel fordert dazu heraus, die Solidarität der Generationen untereinander zu fördern und zu stärken. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung steigt insbesondere aufgrund der niedrigen Geburtenrate an, so dass den Trends entgegenzuwirken ist, die Frauen und Ehepaare veranlassen, den Kinderwunsch zurückzustellen. Deshalb sind die Ange-

Die Angebote sind zu verbessern, den Frauen eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen

bote zu erhöhen, die Frauen eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen. Der Wertewandel begünstigt eine erhöhte Mobilität der Frauen und unterstützt ihr Verlangen nach beruflicher Selbstverwirklichung, so dass Hilfen zum Ausgleich gesellschaftlich bedingter Interessenkonflikte vorzuhalten sind. Die Risikobereitschaft, auch mit noch nicht abgeschlossener Ausbildung und ungesicherter ökonomischer Basis eine Familie zu gründen, verlangt Unterstützung auch unkonventioneller Karrieren.

Die Sozialpartner müssen differenzierte Tarifverträge aushandeln, die Teilzeitangebote im Anschluss an die Elternzeit schaffen

Väter und Mütter sind in ihrer Fähigkeit zur Erziehung zu stärken. Bei alltäglichen Problemen können bürgernahe Familienbüros durch Beratung und Dienstleistungen Hilfen bieten. Väter müssen verstärkt unterstützt werden, in der prägenden ersten Phase mehr Zeit mit ihrem Kind zu verbringen. Die Sozialpartner sollen differenzierte Tarifverträge aushandeln die Teilzeitangebote im Anschluss an die Elternzeit schaffen. Der Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren ist fortzusetzen. Die familienpolitischen Leistungen des Kindergeldes, des Unterhaltsvorschusses und ausgleichende Maßnahmen für kinderreiche Familien müssen weiterentwickelt werden, um das Armutsrisiko von Kindern zu reduzieren. Für Kinder aller Altersgruppen und Schichten sind verlässliche Ganztagsbetreuungen auszubauen. Um den Bedürfnissen der unterschiedlichen Altersgruppen gerecht zu werden, bietet es sich an, Angebote für Menschen mit Kindern, Familien und ältere Menschen zu verknüpfen. „Mehrgenerationenhäuser“ können dazu geeignete Mittel sein ebenso wie die Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen.

Die für Familien nutzbare Zeit sollte bewusst eine gezielte Unterstützung durch bezahlbare Dienstleistungen und beschäftigungspolitisch mit Angeboten von flexiblen und innovativen Arbeitszeitmodellen und Teilzeitstellen die Erwerbsarbeit beider Elternteile ermöglichen. Die Ergänzung der jährlichen Familienberichte der Bundesregierung durch eine regelmäßige Aufstellung staatlicher Familienleistungen würde die Transparenz und Bürgernähe von Politik verbessern.

3.2 Migrationspolitik

Nach den geschichtlichen Erfahrungen mit Zuwanderung ist es zu begrüßen, dass Einwanderung gezielt gestaltet wird. Integration hängt nicht nur von den Zuwanderern ab sondern auch von der aufnehmenden Gesellschaft.

Besondere Anstrengungen verlangen die Integrationsbemühungen bezüglich der zweiten und dritten Generation von

Einwanderern, die damals als ausländische Arbeitskräfte („Gastarbeiter“) aus ökonomischen Gründen angeworben worden sind. Dabei ist es zur Bildung von Parallelgesellschaften gekommen. Die sich in einigen Quartieren ausgebildeten undemokratischen Wertvorstellungen müssen in einer gemeinsamen Anstrengung von Erziehern, Sozialarbeitern, Eltern und kommunalen Einrichtungen bearbeitet und korrigiert werden. Die Integration hängt sowohl von den Angeboten ab, die den Zuwanderern gemacht werden, als auch von deren Integrationsbereitschaft. Nicht nur Sprachkurse sondern auch Bildungs- und Begegnungsmöglichkeiten sind darauf auszurichten, dass sie kulturelle Pluralität ermöglichen und zugleich die interkulturelle Kompetenz stärken. Die im Zuwanderungsgesetz vorgesehenen Übergangsregelungen für langjährig geduldete Flüchtlinge müssen eher unter dem Gesichtspunkt der Förderung als der Forderung (z.B. Nachweis von ausreichendem Wohnraum, grundlegenden Deutschkenntnissen, Sicherung des Lebensunterhalt durch eigene Erwerbsarbeit) genutzt werden.

Der Dialog der Kirchen in Deutschland mit den Vertretern anderer Religionen darf nicht abbrechen. Auf verschiedenen Ebenen des kirchlichen Lebens sind gemeinsame Projekte mit allen Glaubensrichtungen zu initiieren und durchzuhalten.

3.3 Rentenpolitik

Die Alterung der Bevölkerung, die Umwälzungen auf dem Arbeitsmarkt und die noch längerfristig anhaltenden Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 stellen unsere Sozialen Sicherungssysteme vor eine große Herausforderung (*vergl. Punkt.II Punkt 3*). Ohne entschiedenes politisches Handeln kann Altersarmut in den kommenden 20 Jahren zu einem Massenphänomen werden.

Heute wie im Jahr 2030 gilt: Es sind die jeweils Erwerbstätigen, die das Sozialprodukt, - also den „Kuchen“, der real verteilt werden kann -, erwirtschaften und die auf einen Teil dieses „Kuchens“ für die jeweils Nicht-Erwerbstätigen verzichten müssen. Das absolute Wirtschaftswachstum von 1950 bis heute zeigt in Deutschland, trotz unterschiedlichster Wirtschafts- und Arbeitsmarktphasen, einen nahezu linear steigenden Verlauf, während die Wachstumsraten deutlichen konjunkturellen Schwankungen unterworfen sind und - insbesondere niveaubedingt - tendenziell sinken.

Auch die gegenwärtige weltweite Krise wird an dieser fundamentalen Entwicklung nichts ändern. Niemand in Wissenschaft oder Politik geht davon aus, dass in Zukunft der „Kuchen“ auf

Besondere Anstrengungen verlangen die Integrationsbemühungen bezüglich der zweiten und dritten Generation von Einwanderern

Der Dialog der Kirchen mit den Vertretern anderer Religionen darf nicht abbrechen

Niemand in Wissenschaft oder Politik geht davon aus, dass in Zukunft der „Kuchen“ auf Dauer kleiner wird

Dauer kleiner wird. Selbst wenn sich das Wachstum tendenziell weiter verringert, so bedeutet dies, dass bei einer stagnierenden oder gar schrumpfenden Bevölkerungszahl, pro Kopf gerechnet, jeder theoretisch mehr bekommen kann. Alle -Erwerbstätige wie Nicht-Erwerbstätige- können von der weiteren Zunahme des realen „Kuchens“ profitieren. Die zentrale Herausforderung der Zukunft ist nicht primär ein Versorgungs-, wohl ein Verteilungsproblem.

Die entscheidenden Zukunftsfragen sind dabei insbesondere Fragen der Finanzierungsart. Wie die Geschichte zeigt, sind Verteilungs- und Finanzierungsfragen allerdings die schwierigsten Fragen in einem mehr oder weniger „kapitalistischen“ Wirtschaftssystem: Ökonomisches Denken versus Solidarität und Gerechtigkeit - die zentrale Herausforderung der sozialen Marktwirtschaft!

Der BVEA unterstützt alle, die das bestehende Rentenversicherungssystem ausbauen und in Richtung eines stärkeren sozialen Ausgleiches gehen

Zur Rentenpolitik der Zukunft existieren bereits zahlreiche zukunftsgerichtete Vorschläge, Pläne, Konzepte, Strategien. Der BVEA unterstützt davon alle, die das bestehende Rentenversicherungssystem ausbauen und in Richtung eines stärkeren sozialen Ausgleiches gehen. Die gesetzliche Rentenversicherung mit dem Umlageverfahren hat sich bewährt, selbst in schwierigsten Phasen wie nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten. Wie brüchig kapitalgedeckte Altersversorgungen sein können, hat gerade wieder einmal die Weltwirtschaftskrise unseres Jahrhunderts offenbart.

Der BVEA steht damit zum einen fest zu den Rentenvorstellungen des DGB, die unter dem Motto „Rente muss zum Leben reichen“ eine Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung vorsehen. Diese Erwerbstätigenversicherung bezieht nicht nur Beamte, Politiker und Manager in die Solidarität mit ein - sie bietet auch mehr Sicherheit für die inzwischen mehr als zwei Millionen Scheinselbstständigen, die outgesourct wurden und oft keine Rücklagen fürs Alter haben. Gleichzeitig geht es darum, die Versorgungslücken, die Politik und Arbeitsmarktentwicklung in den letzten Jahren bei den heutigen wie zukünftigen Alterseinkommen hinterlassen haben, zu schließen.

Der BVEA unterstützt das nachhaltige Rentenmodell der KAB

Der BVEA stellt sich zum anderen voll auf die Seite der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB), die ein Rentenmodell entwickelt und durchgerechnet hat, das nachhaltig Lebensstandard sichernde Alterseinkünfte vorsieht und ein wahrhaft solidarisches, frauen- und familiengerechtes System der Alterssicherung beinhaltet. (vgl. dazu: *Das Rentenmodell der katholischen*

Verbände. Ergebnisse der ifo Studie März 2007). Dieses Modell ist das umfassendste der existierenden Vorschläge, berücksichtigt es doch zusätzlich

- die Problematik unterbrochener Erwerbsbiografien durch eine Existenz sichernde Sockelrente
- eine eigenständige Altersversorgung von Frauen und
- die Erziehungsleistung von Eltern sowohl auf der Beitrags- als auch auf der Leistungsseite.

Zusätzlich zur Umgestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung bedarf es der richtigen Weichenstellungen der Wirtschafts- und Finanzpolitik, wenn ein weiteres Anwachsen der Altersarmut verhindert werden soll. An erster Stelle steht dabei die weitere Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

An erster Stelle steht dabei die weitere Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Neben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind weitere wichtige politische Ansatzpunkte zur Sicherung des Systems der sozialen Sicherheit z.B.: Konzepte einer gezielten Zuwanderungspolitik, Wiederanhebung der Erwerbsquote der Älteren, Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, Ausbau der Qualifizierung und Weiterbildung (lebenslanges Lernen).

4. Bildungspolitik

Bildung entscheidet maßgeblich über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Sie ist die wichtigste Ressource. "Bildungsarmut" verursacht hohe volkswirtschaftliche Schäden. Gleiche Bildungschancen sind deshalb auch ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft.

Moderne Bildungspolitik überwindet die Trennung des Lernens in nicht-formelles und formelles Lernen. Die Zuständigkeiten von Familie (= Erziehung), Schule (= Bildung) und Jugendhilfe (= Betreuung) müssen besser miteinander verzahnt werden.

Moderne Bildungspolitik überwindet die Trennung des Lernens in nicht-formelles und formelles Lernen.

Die Grundsteine für lebenslange Bildungsprozesse werden in den Familien gelegt. Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen, aber auch die Erwachsenen eine gerechte Chance auf Bildung sowie auf eine bessere persönliche und berufliche Perspektive erhalten. Ziel sind der Ausbau der Ganztagesbetreuung sowie die Schaffung und Weiterentwicklung nationaler Bildungsstandards.

Damit die Sprachförderung in Kindergarten und Grundschule auch auf längere Sicht gelingen kann, muss die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher, der Lehrerinnen und Lehrer entsprechend weiterentwickelt werden.

Individuelle Förderung und Einüben sozialen Verhaltens müssen unverzichtbare Prinzipien der Unterrichtsarbeit werden

Individuelle Förderung und Einüben sozialen Verhaltens müssen unverzichtbare Prinzipien der Unterrichtsarbeit werden. Nicht Lernen im Gleichschritt ist gefragt und nicht permanente Leistungsmessung mit gleicher Elle. Entscheidend ist das genaue Hinschauen und Eingehen auf individuelle Begabungen, Fähigkeiten und Neigungen der Kinder. Egal ob es sich um Menschen mit Behinderungen oder mit Migrationshintergrund handelt - das Bildungssystem muss zur Integration beitragen. Die verschiedenen ideologischen Fixierungen in den Bundesländern sind eher kontraproduktiv.

Eine Reform der Schulstrukturen ist aus inhaltlichen und Gerechtigkeitsgründen notwendig.

Mögliche Maximen lauten:

- längeres gemeinsames Lernen,
- leistungsdifferenziertes Lernen.

Besonders dringend sind Nachholmöglichkeiten von schulischen und beruflichen Qualifikationen sowie Zulassungsvoraussetzungen. Hauptschulabschlüsse und Berufsausbildung müssen auch in späteren Lebensabschnitten besser gefördert werden. Das Nachholen von Mittlerer Reife, Fachabitur und Abitur ist z.B. durch mehr berufliche Gymnasien an mehr Orten für mehr Menschen zu ermöglichen.

Arbeitnehmerweiterbildung erleichtert das Verständnis für gesellschaftliche Zusammenhänge und fördert damit das demokratischen Gemeinwesen

Berufliche Arbeitnehmerweiterbildung sowohl im fachlichen Umfeld als auch im Sinne der persönlichen und gesellschaftlichen Allgemeinbildung fördert die berufsbezogene Handlungskompetenz der Beschäftigten. Sie verbessert überdies deren berufliche Entwicklungsmöglichkeiten. Politische Arbeitnehmerweiterbildung erleichtert das Verständnis der Beschäftigten für gesellschaftliche, soziale und politische Zusammenhänge und fördert damit die in einem demokratischen Gemeinwesen anzustrebende Mitsprache und Mitverantwortung in Staat, Gesellschaft und Beruf.

5. Arbeitsmarktpolitik

Arbeitsmarktpolitische Aufgaben im Zeichen der Globalisierung, mit all ihren wirtschaftlichen und finanziellen Verflechtungen, können sich längst nicht mehr nur auf den nationalen Arbeitsmarkt beschränken.

Diese Erkenntnis darf nicht dazu führen, dass die Politik in ihrer Verantwortung für ein Größtmaß an Beschäftigung nur auf die Selbstheilungskräfte des freien Marktes setzt.

Nach wie vor ist die beste Arbeitsmarktpolitik die aktive Be-

kämpfung von Arbeitslosigkeit. Die weltweit wirkende Finanzkrise zeigt deutlich auf, dass international abgestimmte Maßnahmen erforderlich sind. Protektionistische Maßnahmen helfen hier nicht weiter.

Dabei sind auf die UN-Sozialcharta gestützte Regelungen zu finden, die eine ungezügelte Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verhindern. Vollzeit Arbeitsplätze müssen das vorrangige Ziel bleiben. Die klassischen Maßnahmen der nationalen Arbeitsmarktpolitik dürfen nicht weiter wegen 1-€-Jobs oder sonstigen Beschäftigungsverhältnissen mit Dumpinglöhnen eingeschränkt werden. Kombilöhne können durchaus eine sinnvolle Maßnahme zum Übergang in unsubventionierte Arbeitsplätze sein, trotz der Gefahr des Mißbrauchs und der Wettbewerbsverzerrung in Einzelfällen. Ähnliches gilt auch für die Leiharbeit, die einerseits Arbeitsplätze schafft, andererseits von den Unternehmen für ihre Interessen mißbraucht werden kann.

Mehr denn je sind aktuelle Maßnahmen für eine bessere berufliche Aus- und Weiterbildung gefragt. Hier ist Weiterentwicklung und nicht Einschränkung anzustreben. Bei der Aus- und Weiterbildung durch die Arbeitsagenturen, sollten unbedingt Kontakte zur Wirtschaft für die Ermittlung des aktuellen Bedarfs verstärkt werden. Gleichzeitig müssen bei der Weiterbildung persönliche Qualifikationen und Berufswünsche der Arbeitssuchenden besser berücksichtigt werden.

Die Erfahrung mit dem SGB II zeigt, dass betriebsnahe Instrumente besser abschneiden als öffentlich geförderte. Die Antwort auf die Frage, ob das SGB II durch Aktivierung gesellschaftliche Teilhabe fördert, ist zwiespältig. Auch wenn die Grundtendenz alles in allem positiv erscheint, ist die Gefahr der Verarmung nach anhaltender Arbeitslosigkeit bis ins Rentenalter hinein nicht von der Hand zu weisen. Immer mehr Menschen machen diese Erfahrung.

Vollzeitarbeitsplätze müssen das vorrangige Ziel bleiben

Die Erfahrung mit dem SGB II zeigt, dass betriebsnahe Instrumente besser abschneiden als öffentlich geförderte

IV Ordnungspolitische Grundsätze

1. Sozialpartnerschaft

Der Zusammenschluss der Arbeitnehmer wurde durch ihre individuell schwache und ungesicherte Stellung notwendig

Eine sich wandelnde Gesellschaft stellt auch die Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor neue Aufgaben. In den Anfängen hat, bestimmt durch die Geschichte des frühen Kapitalismus, die Vorstellung eines nicht überwindbaren Gegensatzes gestanden. Der Zusammenschluss der Arbeitnehmer wurde durch ihre individuell schwache und ungesicherte Stellung notwendig. Nur so konnten sie hoffen, sich allmählich der Ausbeutung und Unterdrückung durch die Arbeitgeber zu entziehen.

Im Laufe der Entwicklung von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft hat sich auch das Verhältnis der Sozialpartner entscheidend verbessert. Trotz fortschreitender Sozialpartnerschaft ist aber auch heute die soziale Lage der Arbeitnehmer nur durch Betriebs- und Personalräte und Gewerkschaften abzusichern. In Einzelfällen hat das Fehlen einer starken Gewerkschaft innerhalb und außerhalb des Betriebes zu sozialen Verwerfungen geführt.

Die Evangelische Kirche hat erstmals in ihrer Erklärung der Synode von Espelkamp 1955 den nicht weltanschaulich gebundenen deutschen Gewerkschaftsbund unterstützt. Auch heute steht der BVEA im Sinne dieser Erklärung der EKD für die Unverzichtbarkeit der Einheitsgewerkschaft und unterstützt eine starke autonome Tarifpartnerschaft.

2. Tarife und Löhne

Auseinandersetzungen bis hin zu politisch bedingtem Generalstreik sind in Deutschland die Ausnahme

Die im Grundgesetz gewährleistete Tarifautonomie hat sich seit Jahrzehnten bewährt. Die Tarifpartner als Interessenwahrer ihrer Mitglieder haben zugleich eine gesamtgesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Funktion. Auseinandersetzungen bis hin zu politisch bedingtem Generalstreik sind in Deutschland die Ausnahme.

Juristisch und tarifrechtlich werden die Tarifautonomie und das Streikrecht höher bewertet als die möglichen Folgeschäden eines Streiks zu Lasten Dritter. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften sind gefordert, immer nach Wegen zu suchen, um eine Einigung zu erzielen.

Löhne und Gehälter müssen ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen. Dabei ist eine Mindestlohngrenze unabdingbar. Auch Lohnkombinationsmodelle können diesem Ziel dienen.

Die Entwicklung in Richtung Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft hat erhebliche Auswirkungen auf die Einstufung und Bewertung alter und neuer Tätigkeiten zueinander. Die Tarifpartner müssen diese Veränderungen bei der Gestaltung der Flächen-, Haus- und Ergänzungstarifverträge laufend Rechnung tragen.

Die durch das vorherrschende neoklassische Denken inzwischen völlig verschüttete Einsicht, dass Löhne nicht nur Kosten sondern auch Nachfrage erzeugen, bedarf dringend einer Wiederbelebung in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.

3. Eigentum und Mitbestimmung

Neben der Bedeutung der gesellschaftlich verwerteten Arbeit stellt sich nach wie vor die Frage nach der Rolle des gesellschaftlichen Privateigentums. Die Globalisierung hat den Arbeitsmarkt in bisher nicht vorstellbarer Weise verändert. Die Ressource Arbeit hat durch zahlreiche große Unternehmensverkäufe an anonyme Anleger einen Teil ihrer Bedeutung und Wertigkeit verloren. Damit ist auch die gewachsene unternehmerische Ethik weitgehend auf der Strecke geblieben. Für die Eigentümer bedeutet Eigentum Freiheit, für die Nichteigentümer Abhängigkeit. Mitbestimmung sollte und soll diesen Gegensatz mildern. Erst in der jüngeren Vergangenheit kam es dazu, dass jahrzehntelange nationale und bewährte Erfahrungen der Mitbestimmung ihre positiven Wirkungen auf vielen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Ebenen abgesprochen werden. Dieser Trend setzt sich fort.

Es gab klare Ziele und Erfolge: Die Abhängigkeiten der Arbeitnehmer von den ihnen nicht gehörenden Produktionsmitteln wurden wesentlich vermindert durch Betriebsverfassung, Tarifautonomie und zahllose Maßnahmen des Arbeitsrechts. Völlig aufgehoben sind sie jedoch nicht, da die Verfügungsgewalt nur im Sinne einer notwendigen Leitungsfunktion geregelt ist. Das gilt gleichermaßen auch für die Mitbestimmung im Aufsichtsrat, und bei unternehmerisch relevanten Fragen für die Arbeitnehmer. Der BVEA steht voll und ganz hinter der Mitbestimmung und fordert den Ausbau von Arbeitnehmerrechten. Diese Bemühungen müssen EU-weit koordiniert werden. Für die Politik und die Wirtschaft sowie alle gesellschaftlich relevanten Gruppierungen, wie z.B. Kirche und Gewerkschaften, ist diese Entwicklung eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Gesellschaft, Wirtschaft und Staat müssen auch weiterhin zur Wahrung des sozialen Friedens inzwischen bewährte Wege beibehalten und neue Wege finden, um eine sich abzeichnende

Für die Eigentümer bedeutet Eigentum Freiheit, für die Nichteigentümer Abhängigkeit

Der BVEA steht voll und ganz hinter der Mitbestimmung und fordert den Ausbau von Arbeitnehmerrechten

weltweite Verschlechterung der Lebensbedingungen abzuwenden. Das geht nicht ohne Umdenken von allen Seiten.

Die Beteiligung breiter Schichten am Produktionsmitteleigentum ist das Ziel

Die Beteiligung breiter Schichten am Produktionsmitteleigentum ist ein Ziel, das aus gesellschaftlichen Gründen mit sehr viel mehr Energie angestrebt werden muss. Eine Möglichkeit, die Investivlohnpolitik, wird seit drei Jahrzehnten auch vom BVEA unterstützt.

Die ökonomische Voraussetzung dazu ist die entsprechende Verwendung von Lohn und Gehalt. Diese müssen zum Teil investiv verwendet werden, aber vor einer möglichen Insolvenz geschützt sein. Denn nur so ergibt sich eine sichere Beteiligung am Produktionsmitteleigentum. Hier geht es nicht nur um eine breite und erfolgsorientierte Gestaltung der Einkommen der Arbeitnehmer, sondern um eine mit der Beteiligung verbundene Mitsprache und Mitverantwortung auch zum Wohle des Unternehmens.

4. Maßstäbe und Grundsätze

In einer Gesellschaft sollten die Maßstäbe und Grundsätze von sozialer Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit möglichst weitgehend verwirklicht werden. Eine Gesellschaft, die entweder das Soziale oder das Wirtschaftliche allzu einseitig zur alleinigen Voraussetzung macht, ist auf Dauer nicht lebensfähig. Wie der Untergang des „realen“ Sozialismus in den mittel- und osteuropäischen Staaten bewiesen hat, leiden unter einer solchen einseitigen Ausrichtung nicht nur die materielle Versorgung der Bevölkerung sondern auch die sozialen Anliegen.

Nach wie vor halten wir die soziale Marktwirtschaft für eine der besten aller existierenden Wirtschaftsordnungen

Nach wie vor halten wir die soziale Marktwirtschaft für eine der besten aller existierenden Wirtschaftsordnungen. Sie gilt es zu bewahren, aber auch fortzuentwickeln.

Wir gehen davon aus, dass Gewinn- und Leistungsstreben prinzipiell keine Fehler, sondern sogar Motor unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sind. Jedoch muss das unternehmerische Denken und Handeln von einer stärkeren moralischen Verantwortung geprägt sein, die nicht das Kapital sondern den Menschen in den Mittelpunkt rückt. Leitmotiv muss sein: Nicht der Mensch ist für die Wirtschaft da, sondern die Wirtschaft für den Menschen.

Konkret bedeutet das insbesondere auch, dass die immer stärker auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich verringert wird. Nicht zuletzt muss die Ökologie die Ökonomie

bestimmen, um durch eine ressourcenschonende Produktion die Schöpfung bewahren zu helfen. Nur solche Orientierungen garantieren ein nachhaltiges Wirtschaften, das ein Überleben der Menschen im Einklang mit der Natur sichert.

Nur so können in Zukunft der soziale Frieden sowie das friedliche Miteinander der Völker erhalten und besser als bisher gestaltet werden.

Autorenverzeichnis

Matthias Gehlhar: Stv. Bundesvorsitzender Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen -ACA-

Dr. Chr. Homrichhausen: Präses des BVEA

Eva-Maria Kramer: Bundesvorstand BVEA

Dr. Gerhard Kühlewind: Diplom-Volkswirt, Wissenschaftlicher Direktor a.D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Werner Künkler: Stv. Bundesvorsitzender des BVEA

unter Mitarbeit von:

Heinrich Abelmann: Ev. Arbeitnehmerschaft Göttingen

Friedhelm Broxtermann: Ev. Arbeitnehmerschaft Osnabrück

Helmut Faber: Ev. Arbeitnehmerbewegung Oberhausen

Günter Freudenberg: Bundesvorstand des BVEA,

Dr. Roland Gierth: Vorstand Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
Bayern -afa-

Edith Hollweg: Ev. Arbeitnehmerschaft Mittelrhein

Hans-Jürgen Lorke: Vorstand Ev. Arbeitnehmerschaft Bayern

Klaus Meding: Ev. Arbeitnehmerschaft Oldenburg

Klaus Reinhardt: Vorstand RAKÜ Hamburg

Andreas Schächtele: Vorstand Ev. Arbeitnehmerschaft Baden

Dieter Schaper: Bundesvorstand Arbeitsgemeinschaft Christlicher
Arbeitnehmerorganisationen -ACA-

Wolfgang Schifner: Vorsitzender des Fördervereins des BVEA

Dietwald Wolf: Vorstand Ev. Arbeitnehmerschaft
Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Werner Trautwein: Ev. Arbeitnehmerschaft
Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz



**Bundesverband Evangelischer
Arbeitnehmerorganisationen**

Alfredstraße 53
45130 Essen
Tel: 0201 770392
Fax: 0201 777950

November 2009